

Forschungszentrum Jülich GmbH
Projektträger Jülich
Forschung und Gesellschaft NRW
Gesundheitswirtschaft und soziale Innovationen (ETN 3)
52425 Jülich

Abschließende Erklärung zur Antragstellung „NRW-Digitalzuschuss Handel“

Antragsteller/in: _____

1. Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sowohl der im Antragstool als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben und Erklärungen werden hiermit versichert. Ferner versichert die Antragstellerin/der Antragsteller, dass kein Insolvenzverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (einschließlich Abgabe einer eidesstaatlichen Versicherung) oder Mahn-/ Klageverfahren, die für seine wirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung sind, beantragt oder durchgeführt und auch keine Kreditkündigungen ausgesprochen oder Scheckretouren/ Wechselproteste vorgekommen sind. Ihr/ihm ist bekannt, dass falsche Angaben die Aufhebung der auf dieser Grundlage bewilligten Zuwendung und die Rückerstattung der ausgezahlten Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.

2. Der Antragstellerin/Dem Antragsteller ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Zuschussgewährung nicht besteht und auch nicht durch die Antragstellung begründet wird. Der Antragstellerin/dem Antragsteller ist der Förderaufruf bekannt.

3. Der Antragstellerin/Dem Antragsteller ist bekannt, dass die zur Antragsberechtigung und zum Verwendungszweck angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 Landessubventionengesetz vom 24. März 1977 / GV.NW.S.136/SGV.NW.74 und dem Subventionengesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) sind.

Folgende im Antrag und im weiteren Verfahren anzugebende Tatsachen sind subventionserheblich:

- Angaben zum Vorhaben
- Angaben zur Antragstellerin/ zum Antragsteller (Name, Sitz, Branche, Geschäftsbetrieb, Produktionsstätte, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme, Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftliche Verhältnisse)
- Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen
- Erklärung zur Einstufung als KMU, als eigenständiges, Partner- oder verbundenes Unternehmen sowie zu den Angaben zur Ermittlung der Größenklasse

- Erklärung, dass die Zahlung nicht eingestellt wurde, das Unternehmen nicht überschuldet ist und über das Vermögen kein Insolvenz-, Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist
- Angaben zu fehlenden Schutzrechtsaktivitäten in den letzten fünf Jahren
- Erklärung der Verwertungsabsicht
- Mitteilungs- und Nachweispflichten der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P-Corona)
- Grundlagen der De-Minimis-Verordnung

Ändern sich die subventionserheblichen Tatsachen im Laufe der Subventionsgewährung, ist dies der Bewilligungsbehörde oder einer von ihr beauftragten Stelle unverzüglich mitzuteilen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass sie/er zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt ist,
- zu 100 % berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- zu ____% berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat.

Ich bestätige, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Das heißt, noch kein Vertrag für die vorgesehene Dienstleistung oder Sachausgabe mit dem Anbieter abgeschlossen wurden und auch nicht vor der Zustellung des Bewilligungsbescheides abgeschlossen wird.
- Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass sie/er am 31.10.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Nr. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung war.
- ich die in den Förderbedingungen „NRW-Digitalzuschuss Handel“ definierten Voraussetzungen zur Kenntnis genommen habe und beachten werde.
- die im Antrag und den Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- der Sitz des Unternehmens in NRW liegt.
- für die beantragte Maßnahme keine weitere öffentliche Förderung aus Mitteln des Landes, des Bundes oder der EU in Anspruch genommen werden (Ausschluss der Doppelförderung).

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass meine Angaben zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im zuständigen Ministerium gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden können.

Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden diese Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald diese für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Mir ist bekannt, dass im Falle einer Antragsgenehmigung

- die De-minimis-Erklärung 10 Jahre aufzubewahren und auf Anforderung der Europäischen Kommission, der Bundesregierung, der Landesverwaltung oder bewilligenden Stelle auf deren Anforderung innerhalb von einer Woche oder einer in der Anforderung festgesetzten längeren Frist vorzulegen ist. Wird diese Erklärung innerhalb der Frist nicht vorgelegt, entfällt rückwirkend die Bewilligungsvoraussetzung und die Beihilfe zuzüglich Zinsen wird zurückgefordert.
- die De-minimis-Erklärung bei zukünftigen Beantragungen als Nachweis für die vergangenen De-minimis-Beihilfen vorzulegen ist.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel)

(Unterschrift(en) Antragsteller/in,
vertretungsberechtigte Person(en) +
Name(n) in Druckschrift)

Bitte diese Erklärung rechtsverbindlich unterschrieben im Onlineportal uploaden!